

Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm -

BTW-E-01 Bundestagswahlprogramm - 100% Sichere Energie - anschließend an Zeile 30

AntragstellerInnen: Brigitte Artmann (KV Wunsiedel), Rudi Seibt (OV Wolfratshausen), Ludwig Simek (KV Regensburg Stadt), Helmut Wesolek (KV Kronach), Wolfgang Müller (OV Bad Steben/ Geroldsgrün), Sabine Müller (OV Bad Steben/ Geroldsgrün), Christian Geiling (KV Cham), Peter Schneider (OV Bad Steben/ Geroldsgrün), Ramona Schneider (OV Bad Steben/ Geroldsgrün), Albert Artmann (KV Wunsiedel), Erhard Grundl (KV Straubing), Günter Stalinski (KV Weiden), Gerhard Weiherer (KV Cham), Thomas Hecht (KV Wunsiedel), Elke Hüge (KV Wunsiedel), Beate Schneider (KV Neustadt/Waldnaab), Stefan Schneider (KV Neustadt/Waldnaab), Martina Benzel-Weyh (KV Coburg-Stadt), Sonja Schuhmacher (KV Weiden), Günter Rödel (KV Coburg-Stadt), Norbert Pietsch (KV Bayreuth Land), Nanne Wienands (KV Wunsiedel), Astrid Galik (KV Wunsiedel), Margit Dittebrand (KV Wunsiedel), Thomas Bergner (KV Wunsiedel), Dany Harbauer (KV Wunsiedel), Wilfried Kukla (KV Wunsiedel), Marion Wydra (KV Wunsiedel), Gunda Bareuther (KV Wunsiedel), Jürgen Bielicke-Linge (KV Wunsiedel), Kerstin Popp (KV Wunsiedel), Gerhard Gießhammer (KV Wunsiedel), Michael Meier (KV Wunsiedel), Matthias Lewin (KV Haßberge), Matthias Grünberg (KV Würzburg-Stadt), Andrea König (KV-Weiden), Andrea-Schuch-Leitl (KV-Weiden), Gisela Helgath (KV-Weiden), Stefan Helgath (KV-Weiden), Karl Bärnklaus (KV-Weiden), Sonja Schuhmacher (KV-Weiden), Alfred Schell (KV-Weiden), Günther Stalinski (KV-Weiden), Jens Thümmel (KV-Weiden), Veit Wagner (KV-Weiden), Georg König (KV-Neustadt)

Gegenstand: Im Text BTW-E-01 Bundestagswahlprogramm - 100% Sichere Energie - anschließend an Zeile 30 ist aufzunehmen:

Die GRÜNEN sind für einen sofortigen Atomausstieg. Eine ergebnisoffene Endlagersuche braucht breite Bürgerbeteiligung nach der UN Aarhus Konvention. Wir fordern selbstverständlich ausreichende und umfassende atomare Haftpflicht an bestehenden und geplanten atomaren Projekten mit umfassender Bürgerbeteiligung ein. Wir werden funktionierende Katastrophenschutzpläne zusammen mit der Öffentlichkeit erarbeiten, die auch die Atomtransporte auf Straße und Schiene betreffen. Jodtabletten müssen überall vorrätig sein, nicht nur wie jetzt gehandhabt zentral an Orten mit langen Anfahrtswegen. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Katastrophenschutzpläne werden wir eine Untersuchung der Schweißnaht 1-4-5 in Temelin Reaktor 1 mit der dazugehörigen Akten- und Arbeitspapierlage durch die Atomaufsicht des Bundesumweltministeriums forcieren. Auch die Temelin-Beschlüsse zur Bürgerbeteiligung an atomaren Verfahren der BDK in Kiel 2011 werden wir umsetzen.

Denn obwohl Deutschland aus der Atomkraft aussteigt, bleibt viel zu tun und alle BürgerInnen Deutschlands werden mit uns durch Direkte Demokratie und Gleichbehandlung an laufenden und anstehenden grenzübergreifenden atomrechtlichen Verfahren im Sinne der Aarhus Konvention und dem „best practice“ Aarhus Konvention-Ratgeber (Draft 3 und folgende) beteiligt. Die Aarhus Konvention ist international, europäisch und national bindendes und geltendes Recht bei Umweltverfahren wie zum Beispiel Müllverbrennung, Autobahnen aber auch allen atomaren Verfahren. Informationen sind zu finden auf der Website der UNECE Aarhus Konvention (1)

Wir ermöglichen deshalb, allen BürgerInnen Deutschlands die Beteiligung an den atomaren Öffentlichkeitsverfahren aller EU-Staaten und an die EU angrenzenden Staaten und vereinfachen das öffentliche Informationssystem. Natürlich ist federführend in der EU Brüssel verantwortlich und hat alle Mitgliedsstaaten zu informieren. Das deutsche Bundesumweltministerium ist verantwortlich tätig und informiert via Amtsweg alle Landesumweltministerien. Diese informieren alle Bezirke, Landkreise, Kommunen. Die Kommunen informieren dann via Amtsweg alle ihre EinwohnerInnen. So wird niemand vergessen und außen vor gelassen. Verbindliche Anhörungstermine in allen europäischen Nachbarländern sind für uns Pflicht. Ähnlich wie beim akut aktuellen Vorverfahren und dem später folgenden Umweltverträglichkeitsverfahren (UVP) Ausbau AKW Paks in Ungarn werden wir Öffentlichkeitsbeteiligung nach der Aarhus-Konvention umsetzen, die Öffentlichkeit informieren und europäisches Recht in Deutschland umsetzen. Alleine und ausschließlich die EinwohnerInnen der

Landkreise an der direkt betroffenen Grenze zu informieren, oder nur über die Website des sich zuständig fühlenden Landesumweltministeriums, genügt nicht. (2)

Wir werden deshalb auch eine Initiative starten, um die betreffende Regelung des § 9 des deutschen UVP- Gesetzes der Realität anzupassen. Auch bei atomaren Verfahren wie der UVP Hinkley Point (UK) und alle anderen atomaren Verfahren werden wir der deutschen Bevölkerung eine angemessene Möglichkeit auf Beteiligung geben.

Nicht hinnehmen werden wir die Laufzeitverlängerung der ukrainischen uralt- AKW durch die EBRD Bank. Diese hat die Finanzierung für „sicherheitstechnische Aufrüstung“ beschlossen. Das ist schlicht und einfach eine Laufzeitverlängerung und muss, wenn schon europäische Gelder gegeben werden, nach Aarhus Konvention, Espoo Konvention und EU Direktive auch einer UVP mit voller Öffentlichkeitsbeteiligung in ganz Europa unterzogen werden. Tschernobyl hat gezeigt, wie weit radioaktiver Fallout reichen kann.

Nicht hinnehmen werden wir die Finanzierung des AKW Kaliningrad mit offener Kreditlinie der Bayerischen HVB. Diese Bank hat auch für alle anderen geplanten russischen Rosatom-Reaktoren offene Kreditlinien bereitgestellt. Nicht hinnehmen werden wir ein Kabel durch die Ostsee vom AKW Kaliningrad nach Greifswald und dann weiter in den Süden, um damit russischen Kaliningrad-Atomstrom nach Deutschland zu liefern.

Bürgerbeteiligung an allen atomaren Verfahren liegt uns sehr am Herzen. Unsere volle Unterstützung hat der in Deutschland in Planung befindliche Runde Tisch von Aarhus ANCCLI Nuclear durch BürgerInnen in Zusammenarbeit mit NGOs, der EU Kommission und dem Aarhus Sekretariat in Genf, der alle nuklearen Themen mit umfassender Bürgerbeteiligung entsprechend der Aarhus Konvention abklären wird.

(1) http://www.unece.org/ppdm_nuclear.html

(2) <http://www.stmug.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/paks/>

Brigitte Artmann
Kreisrätin/Kreisvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV Wunsiedel
Am Frauenholz 22
95615 Marktredwitz
Germany
Tel +49 923162821
Mobil +49 1785542868
brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de
www.gruene-fichtelgebirge.de

Ansprechpartner/Verhandlungspartner für Kommunikation auf BDK:

Rudi Seibt
OV Wolfratshausen
Mobil 01577 8929282
R.Seibt@igmuc.de

Im unwahrscheinlichen Falle von Verhinderung werden als Ersatz Kontakt aufnehmen:
Ludwig Simek (KV Regensburg Stadt),
Helmut Wesolek (KV Kronach),
Christian Geiling (KV Cham).